

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



Die türkischen Bergbauunternehmen und der Staat als Verantwortliche für das Grubenunglück in Soma!

Die Zahl der Toten bei dem Grubenunglück im türkischen Soma am 02. Mai ist auf über 280 gestiegen, weitere 100 Personen werden vermisst, es besteht kaum noch Hoffnung auf Lebende.

Die verheerenden Folgen dieses Unglücks sind sogar für ein Land wie die Türkei, die jährlich eine hohe Zahl an Arbeitsunfällen aufweist, erheblich. Unter den europäischen Ländern steht die Türkei auf Platz eins in Sachen Missachtung der Vorkehrungsvorschriften auf dem Arbeitsplatz. Laut ILO (Internationale Arbeitsorganisation) ist die Türkei im weltweiten Vergleich auf Platz drei der Liste.

Nach offiziellen Angaben verunglücken in der Türkei im Durchschnitt täglich drei Arbeiter tödlich. Die tödlichen Arbeitsunfälle in den türkischen Bergwerken sorgen hin und wieder für Schlagzeilen.

Einer der schlimmsten Unfälle geschah 1992: Rund 362 Arbeiter kamen bei einer Gasexplosion in einem Bergwerk nahe am

Schwarzen Meer ums Leben.

Mit der wachsenden Privatisierung von Bergwerken in den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen und die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Arbeitsplatz verschlechtert.

Um Kosten zu verringern und den Gewinn zu maximieren sparen die Bergbauunternehmen an Sicherheitsvorkehrungen und verwandeln die Bergwerke faktisch zu einer Todeshöhle für die Arbeiter. Die Bilanzen dieser seit 2002 zunehmend profitorientierten Einstellung der Privatinvestoren sind rund 1500 Arbeiter die aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen auf dem Arbeitsplatz ums Leben gekommen sind.

Ozgur Ozel, Abgeordneter aus der Region, äußert sich zu den wiederholten Arbeitsunfällen:

„Alle drei Monate werden wir Zeuge eines Bergwerkunglücks mit Toten und Verletzten. Wir sind es leid.“

Trotz zahlreicher Arbeitsunfälle vor allem in den Gruben und Bergwerken und der bitteren Bilanz, weigert sich die türkische Regierung Maßnahmen zu ergreifen. Drei Wochen vor dem Grubenunglück in Soma hatte sich die kapitalistische Regierung der Türkei gegen eine Sicherheitskontrolle ausgesprochen und diese ignoriert.

Nach dem Grubenunglück in Soma reiste der türkische Premierminister Recep Erdoğan, dem die Versäumnisse seiner

Regierung bewusst sind, zur Anteilnahme und Kontrolle der Lage in die Region. Schamlos stellte er das Grubenunglück als normal und natürlich dar.

In seiner Rede hieß es: „So etwas passiere schon mal, die Arbeit im Bergwerk ist mit Risiko verbunden.“

Um seine Aussage zu belegen, zitierte er Beispiele von Unglücksfällen in England von 1862, wo 204 Arbeiter ums Leben kamen, 1866 mit ebenfalls 204 Toten und 1894 mit 290 Todesopfern.

Dieser Premierminister hätte seine Aussage genauso gut auf die Pest im Mittelalter und deren Todesopfer stützen können. Die Bergbauunternehmen und die türkische Regierung sind Verursacher des Grubenunglücks. Mit seinen Phrasen hat Erdoğan Salz auf die Wunde der trauernden Angehörigen gestreut und eine Welle von Wut und Hass ausgelöst. Die Bevölkerung rief Schimpfparolen gegen Erdoğan und sein Auto wurde mit Steinen beworfen. Bei einem weiteren Besuchsauftritt in der Region musste Erdoğan sich in der Obhut seines Sicherheitspersonals in einem Supermarkt verschanzen, um der zornigen Bevölkerung zu entkommen.

Auch in Ankara und Istanbul gab es Proteste und Parolen gegen Erdoğan. Die türkischen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen streikten am Donnerstag um ihren Unmut gegen die Politik der Regierung im Hinblick auf das Unglück in Soma, zu zeigen. Es wird von landesweiten Streiks berichtet. Die Bergbauunternehmer von Soma haben aufgrund ihrer profitorientierten Einstellung nicht das Mindestmaß an Sicherheitsmaßnahmen getroffen und die türkische Regierung hat in einem kriminellen Akt zur Unterstützung dieser Unternehmer jegliche Kontrolle ignoriert und Untersuchungen verhindert. Entgegen der Äußerungen Erdoğan gehört ein

solcher Unglücksfall nicht zum Risikobereich der Arbeit im Bergwerk und ist auch nicht als natürlich zu verstehen, vielmehr ist das Grubenunglück die Folge eines kapitalistischen System in dem aus der Sicht der Unternehmer und Investoren und deren Regierung der Profit wichtiger ist als das Leben von Arbeitern.

Die Internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter im Iran unterstützt die geführten Streiks der Arbeiter in der Türkei und trauert mit den Angehörigen.

Internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiter im Iran

info@workers-iran.org

<http://www.workers-iran.org> /
<http://www.etehadbinalmelali.com>

2014-05-15

Kurznachrichten

3. Mai

Wie jedes Jahr im Iran versuchte die islamische Regierung mit allen Mittel die Feierlichkeiten und Aktionen um den 1. Mai zu verhindern. Die Sicherheitskräfte der Regierung waren rund um die Uhr in den Städten präsent, um Menschen soweit einzuschüchtern, so dass gar keine Veranstaltungen zustande kommen. Selbst die regimetreuen Organisationen wie *Haus der Arbeit* und *islamische Arbeitsräte* durften keine Aktionen durchführen. Die Regierung fürchtete, dass aus einem

staatlich verordneten Fest eine massive Protestveranstaltung zustande kommt. Es sollten sich keine Arbeiter an 1.Mai Aktionen beteiligen. Am Vorabend des 1. Mai kam es zur Festnahme zahlreicher Arbeiteraktivisten aus den Reihen des *Koordinationskomitee zur Gründung der Unabhängigen Gewerkschaften*, und des Teheraner Busfahrsyndikats. Jaafar Azimzadeh und Jalil Mohamadi, zwei Vorstandsmitglieder der Freien Arbeiter Union, wurden im Gewahrsam genommen und sitzen immer noch im Gefängnis. Weitere 23 der Arbeiteraktivisten der Teheraner Busfahrer Syndikat wurden ebenfalls verhaftet. Trotz der massiven Präsenz der Polizei und der Sicherheitskräfte, wurde auch in diesem Jahr der 1. Mai gefeiert und die Resonanz des internationalen Tags der Arbeiter war im Iran nicht zu überhören.

3.Mai

50 Beschäftigte des Naward Betriebs in Ahwaz, der im Auftrag des Ministeriums für Gas und Öl Industrieröhren herstellt, haben sich vor dem Ministerium gesammelt und forderten die Auszahlung ihrer Löhne und die Klärung ihrer Rentenverträge.

7. Mai Schiraz

Die Protestaktion der Arbeiter der Telefongesellschaft in der Stadt Schiraz wurde durch die Sicherheitskräfte und Polizei ausgelöst. Die Arbeiter dieser städtischen Telekommunikation führen seit 55 Monaten Gespräche mit den staatlichen Behörden über ihre Forderungen bezüglich der Löhne, Renten und Lohnzuschläge. Sie sind sogar mit Ayatollah Khamenei über ihre Probleme in einem direkten Gespräch gekommen.

17. Mai

Laut des aktuellen Berichts der Weltbank über die Inflationsrate in 160 Länder der Welt liegt Iran an der zweiten Stelle hinter Venezuela. Während Venezuela mit 40,6% die stärkste Inflationsrate nachweist, beträgt diese Zahl für iranische Wirtschaft in diesem Jahr 39,3%. Im vergangenen Jahr lag die Inflation mit 27,4% deutlich niedriger als dieses Jahr.

17.Mai

Rund 200 Arbeiter der Karoons Zuckerrohr Plantagen versammelten sich vor dem Ministerium für Gesundheit und Soziales in Teheran und protestierten gegen die Arbeits- und Sozialgesetze, die für sie seit Jahren in diesem Betrieb ausgeübt werden. In diesem riesigen Betrieb werden jährlich etwa 2000 Menschen als Saisonarbeiter für ca. sechs Monate eingestellt und nach dem Ablauf der Erntezeit wieder entlassen. Sie forderten die Anerkennung ihre Dienstjahre zu Berechnung der Rente und Sozial –und Versicherungszuschläge, die ihnen seit Jahren nicht berechnet werden, sowie die Anerkennung ihrer Tätigkeit als Schwerarbeit. Dieser staatliche Agrar-Komplex existiert seit mehr als 30 Jahren und wurde neulich teilprivatisiert. Das neue Privatunternehmen stellte ganz neue Arbeitskräfte ein und weigerte sich die Arbeiter, die zum Teil seit 20 Jahren in dieser Firma beschäftigt waren, wieder einzustellen. Dadurch beabsichtigt der neue Arbeitgeber an den Lohnzuschlägen und Renten- und Sozialversicherungen zu sparen.



Jährlich sterben 321 Personen aufgrund von Arbeitsunfällen und rund zwei Millionen und dreihunderttausend weitere Personen kommen aufgrund von Arbeitserkrankungen ums Leben!

22 Mai 2014

Laut ILNA hat Hassan Hefdah-Tan, stellvertretender Chef für Arbeiterangelegenheiten im Arbeitsministerium, in einem Interview am 21. Mai in der Tagung der Vorstände und Arbeitgeberverbände in Arbeiterangelegenheiten in Isfahan gesagt:

„Im vergangenen Jahr ereigneten sich 13.000 Arbeitsunfälle, darunter 1800 mit Todesfolge. Aufgrund der regressiven Sicherheit für Arbeitnehmer und des hohen Investitionsrisikos haben sich die Tarifverträge geändert, sodass im vergangenen Jahr mehr als 90% der Arbeitsverträge befristet waren. (...) Die Vorenthaltung und Intransparenz der jeweiligen Statistik der Provinzen verursacht Probleme für die Programmgestaltung. Allein Gesetze und Vorschriften reichen für die Vorbeugung von Arbeitsunfällen nicht aus. (..) Eines der Schwachpunkte des Arbeitsministeriums ist der Verzicht auf die Kooperation mit Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden. Wir müssen nicht nur eine positive Perspektive im Hinblick auf die Arbeiter- und Arbeitgeberverbände haben, sondern auch von deren Initiativen Gebrauch machen.“

Des Weiteren kritisierte Hassan Hefdah-Tan die Skepsis in Bezug auf die Arbeitgeber und fügte hinzu: „Solche Ansichten und auch die abwertende Einstellungen gegenüber den Arbeitern müssen korrigiert werden. Ein Schwachpunkt der ersten Phase des Subventionsabbaus war der geringe Anteil des Arbeiterlohns am endgültigen Produktionspreis, wobei die Kaufkraft der Arbeiter um rund zweidrittel zurück gegangen ist.“

Zudem fügte er hinzu, dass geringere Produktionskosten als Grundlage für einen höheren Tarifvertrag dienen könnten: „Wenn die Produktionskosten sinken, verdoppelt oder verdreifacht sich das Arbeitsentgelt und somit ergibt sich eine Entlastung für viele Mehrkosten die der Arbeitgeber tragen muss, jedoch müssen wir um dieses Ziel zu erreichen den Zugang von Zwischenhändlern und Spekulanten und die Korruption im Produktionszweig verhindern.“

Im Rahmen dieser Sitzung äußerte sich „Ali Mesrian“ Chef der Forschungszentrale im Arbeitsministerium: „Jährlich sterben 900.000 Menschen weltweit aufgrund von Arbeit mit Gefahrstoffen. Laut ILO sterben jährlich 321.000 Menschen infolge von Arbeitsunfällen und rund 2.300.000 Menschen aufgrund von Arbeitserkrankungen. Die Unkosten dieser weltweiten Arbeitsunfälle beziffern sich auf zwei Trilliarden Dollar.“



Streiks in der größten Eisenerz- und Stahlindustrie in Bafq.

09. Mai, Yazdi News

Die Nachrichten aus Bafq berichten von einer neuen Streikphase der Arbeiter der Eisenerz- und Stahlindustrie. Die Arbeiter des zentralen Eisenerzunternehmens in Bafq protestierten vor dem Haupteingang des Unternehmens, wegen fehlender Transparenz und Replik der Behörden hinsichtlich der Privatisierung des Unternehmens.

Die Streikenden gaben sich mit der Rede des Stadtratvorsitzenden am Vortag nicht zufrieden.



Die Streiks der Arbeiter des Stahl- und Erzeisenbaus in Bafq ist beendet

In der vergangenen Nacht fand in Anwesenheit des politischen Stellvertreters des Provinzverwalters eine Sitzung statt. In dieser Sitzung wurde auf die Anweisung des Vizepräsidenten hingewiesen, wonach jegliche Privatisierung und Übertragung des Unternehmens vorerst bis zur Einholung einer Stellungnahme der zuständigen Provinzverwaltung und der Stadtbehörden beendet werden soll.

Laut der Nachricht vom 10. Mai von „Main News“, äußerte sich der Gouverneur von Bafq: Im Einverständnis mit den streikenden Arbeitern und der zuständigen Provinzbehörde, wurden die Streiks im Vorort Choghart von Bafq beendet.



6024 Arbeiter in der Provinz Qasvin beklagen einen 62 monatigen Lohnausfall

10. Mai, ILNA: 6034 Arbeiter mit befristetem und unbefristetem Arbeitsvertrag in der Provinz Qasvin haben seit 1 bis 62 Monaten keinen Lohn erhalten. Die Betroffenen sind in 49 verschiedenen Industriezweigen der Provinz tätig, von ihnen haben 1.112 einen unbefristeten Arbeitsvertrag und 4.922 einen befristeten Arbeitsvertrag.



40 Millionen Menschen im Iran zählen weder als Beschäftigte noch als Arbeitslose!

09. Mai, MEHR Nachrichten Agentur: Die Statistiken des zentralen Statistikamtes Iran zeigen, dass in den vergangenen Jahren rund 39.500.000 Menschen in den Statistiken zur Erwirtschaftung und Arbeit unberücksichtigt blieben, mit anderen Worten haben diese Personen weder Arbeit noch zählen sie als arbeitslos.

Diese Bevölkerung, die fast zweimal so groß ist wie die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen im Lande, hat nicht den geringsten Einfluss in der Produktion und Entwicklung des Landes und stützt sich

voll und ganz auf die restlichen rund 24.000.000 Beschäftigten.

39.500.000 Menschen zählen weder als Beschäftigte noch Arbeitslose!

Das Erwerbstätigkeitsalter im Iran liegt zwischen 10 bis 65 Jahren, oder besser gesagt die Statistik bezieht sich auf diese Alterspanne. Die Statistiken verdeutlichen, dass die Zahl der wirtschaftlichen Teilhabe im Jahr 2013 im Vergleich zu 2005 rund 3,4% gesunken ist.

Die gesunkene Zahl der wirtschaftliche Teilhabe zeigt die steigende Tendenz zur Nichtteilnahme am Arbeitsmarkt und die steigende Zahl von Frauen, die keine Arbeit finden und die vorübergehende Abkehr einer Schicht vom Arbeitsmarkt die es bevorzugt einen universitären Abschluss vorzusehen.

Unter den 24.000.000 Beschäftigten im Lande fallen Hausfrauen, Soldaten, Studenten und Schüler. Zwischen den Jahren 2005 und 2013 ist die Zahl der Personen, die weder als Arbeitslose in Betracht kommen noch beschäftigt sind, um rund 6.500.000 Personen gestiegen.

Arbeitsmarktforscher sehen die Aussichtslosigkeit des Arbeitsmarktes für viele Jugendliche und deren Entmutigung einen Arbeitsplatz zu finden, als einen wichtigen Grund der steigenden Zahl. Ein Großteil der erwerbsfähigen Frauen und Männer wendet sich somit, wenn auch nur vorläufig, vom Arbeitsmarkt ab. Die Statistiken besagen, dass die wirtschaftliche Teilnahme der Frauen immer geringer wird als die der Männer. Grund dafür ist das herrschende Patriarchat auf dem iranischen Arbeitsmarkt. Seitens der Arbeitnehmer werden männliche Arbeitskräfte bevorzugt.

Im Ganzen ist die Teilhabe der Männer am Arbeitsmarkt von 64,7% im Jahr 2005 auf 63% im Jahr 2013 gesunken, die Teilhabe

der Frauen ist von 17% im Jahr 2005 auf 12,4% im Jahr 2013 gesunken. Die Statistik verdeutlicht, dass die wirtschaftliche Teilhabe der männlichen und weiblichen Bevölkerung in einer Zeitspanne von 8 Jahren gesunken ist, das ist kein gutes Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung und Nutzung der neuen Arbeitskräfte in der Produktion.

Laut Statistik ist die Zahl der aktiven Bevölkerung zwischen 2005 und 2013 nur rund 600.000 Personen gestiegen, darunter fallen Erwerbstätige sowohl auch Arbeitslose.

Der Arbeitsminister Ali Rabiei hat vor Kurzem mitgeteilt, dass laut Angaben des zentralen Statistikamts die Zahl der aktiven Bevölkerung zwischen den Jahren 2005-2013 jährlich nur um 75.000 Personen gestiegen sei, und in der Zeit nicht an die Schaffung neuer Arbeitsplätze gedacht wurde.

09 Mai 2014



Aufruf zur Protestteilnahme vor dem Tagungsgebäude der Internationalen Arbeitskonferenz

Dieses Schreiben richtet sich an Arbeiteraktivisten und Gewerkschaften, linke Parteien und Organisationen sowie revolutionäre und demokratische Bündnisse und Vereine und all diejenigen, die für eine Gleichberechtigung kämpfen.

Wie bekannt ist, findet vom 28. Mai bis 10. Juni 2014 die 103. Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf (Schweiz) statt.

Wie auch in den vergangenen Jahren ist der Iran an dieser Konferenz beteiligt. Die islamische Republik Iran wird auf der Konferenz von Vertretern des Arbeitgeberlagers, staatlich abhängigen Organisationen wie die Kammern und Zünfte, sowie des islamischen Rates repräsentiert.

Anlässlich dieses Ereignisses verkünden wir alljährlich im In- und Ausland, dass diese scheinbar arbeiterfreundliche Organisationen lediglich Bestandteil des kapitalistischen islamischen Regimes sind und in Wahrheit nichts weiteres als arbeiterfeindliche Organisationen sind denen die Teilnahme an jeglicher Tagung als Vertreter der iranischen Arbeiter untersagt werden sollte.

Die wahren Arbeiteraktivisten und Gewerkschafter leben im Iran unter Drohung und Überwachung. Viele von ihnen sitzen in Haft oder sind auf Bewährung gesetzt.

Seit dem Amtsantritt von Hassan Rohani wurde die Drangsalierung der Arbeiter mit unterschiedlichen Methoden fortgesetzt, in manchen Fällen sogar schlimmer als zuvor. Ein Beispiel ist der wilde Überfall der Sicherheitskräfte auf die Arbeiteraktivisten Ende September 2013 und die Inhaftierung von Arbeiteraktivisten.

Während den Arbeitern im Iran das Recht zur Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und Vereinigung verwehrt ist und das islamische Regime eine Atmosphäre von Angst und Gewalt verbreitet, wird dieses Tyrannenregime, mit Hilfe und Zuwendung der internationalen Arbeiterorganisation und kapitalistisch geprägten Regierungen und Organisationen, zur Teilhabe an der Tagung für Arbeiter ermutigt.

In den vergangenen Jahren haben Arbeiteraktivisten und linke Organisationen die Teilnahme des islamischen Regimes an der Tagung verurteilt. Parallel zur Tagung fanden Proteste vor dem Hauptgebäude der Tagung in Kooperation mit Arbeiterorganisationen aus anderen

Ländern wie Frankreich und der Schweiz statt, hunderte Flugblätter wurden in verschiedenen Sprachen unter den Tagungsteilnehmern verteilt.

Auch dieses Jahr findet die Tagung statt, während die Situation der Arbeiter im Iran sich verschlechtert und die Unsicherheit zugenommen hat. Viele inhaftierte Arbeiter stehen unter Druck. Die Haftanstalten der islamischen Republik stellen für die Inhaftierten eine große Bedrohung für Leib und Leben dar.

Es ist offensichtlich, dass die Arbeiterschaft im vergangenen Jahr weltweit Zeuge einer zunehmenden Barbarei des Kapitalismus und dessen Regierungen war, von Bangladesch und der Türkei bis hin zu Südafrika, Spanien und Griechenland.

Wir betrachten es als notwendig nicht nur internationalen Arbeiterorganisationen zu unterstützen, sondern dem Ruf der iranischen Arbeiter Gehör zu geben, und die Teilnahme des islamischen Regimes an der Konferenz anzuprangern und die teilnehmenden Arbeiterorganisationen zum Protest aufzurufen.

Wir verurteilen die Internationale Arbeiterorganisation die mit ihrer Politik die Rechte der iranischen Arbeiter und deren Streben nach unabhängigen Gewerkschaften mit Füßen tritt. Mit Entschlossenheit werden wir am 6. Juni 2014 vor dem Gebäude der UNO in Genf, auf dem Platz der Nationen um 11 Uhr vormittags bis 15 Uhr, demonstrieren.

Hiermit laden wir alle Arbeiterorganisationen und linke Bewegungen ein an diesen Protesten, mit welchen Mitteln auch immer, teilzunehmen.

Internationale Allianz zur Unterstützung iranischer Arbeiter
18. Mai 2014

info@workers-iran.org

14.02.1393 An Generaldirektor der ILO
Herr Guy Rider

Sehr geehrter Herr Rider,
 obwohl Iran seit 1957 Mitglied der ILO ist, weigert sich die islamische Regierung nach wie vor bestimmte Beschlüsse der ILO zu unterschreiben. Zu diesen Beschlüssen gehören unter anderen auch die Artikel Nr. 87, 98 und 138, die ausdrücklich auf das Recht der Arbeiter auf Bildung eigener unabhängiger Arbeitskörperschaften und auf das Versammlungsrecht hinweisen. Die islamische Regierung ignoriert regelrecht dieses Abkommen und zeigt rücksichtslos was sie von internationalen Vereinbarungen und Gesetzen hält. Das aktuellste Beispiel dafür ist der Umgang mit den Arbeiteraktivisten vor und während des 1. Mai dieses Jahres. Jaafar Azimzadeh, der Vorsitzende der FAU (Freie Arbeiter Union) und Jamil Mohamadi, ebenso Vorstandsmitglied der Union wurden in der Nacht zum 1. Mai von den Sicherheitskräften des Regimes verhaftet und sind bisher noch im Gefängnis. Ihre Computer und Handys sind auch beschlagnahmt. Am 1. Mai versammelten sich mehrere Arbeiteraktivisten, die vor dem Arbeitsministerium an der 40.000 Unterschriftenaktion teilnahmen, um ihren Unmut über das neulich verabschiedete Mindestlohngesetz kundzutun. Auch diese Versammlung wurde nach kurzer Zeit durch die Polizei und Sicherheitskräfte brutal aufgelöst. Parvin Mohamadi und Shapoor Ehsani Rad Mitglieder der FAU wurden verhaftet und bei der Festnahme geschlagen. Diese polizeiliche Gewalt gegen die Arbeiteraktivisten im Iran findet ein Monat vor der Jahresversammlung der ILO statt. Wie jedes Jahr wird eine Delegation aus dem Iran an dieser Konferenz teilnehmen. Darüber hinaus wird der Besuch einer ILO – Vertreter nächste Woche in Teheran erwartet. Über diesen Brief möchten wir Sie an Ihre Verantwortung als Generalsekretär der ILO erinnern und erwarten, dass Sie die bedingungslose Freilassung von Jaafar Azimzadeh und Jamil Mohamadi von dem islamischen Regime das Gegenstand Ihre

Gespräche machen und das Regime die Verletzung der internationalen Arbeitsrechte im Iran anprangern.
 Mit besten Wünschen und freundlichen Grüßen
 Die Iranische Freie Arbeiter Union

**Internationalen Allianz zur
 Unterstützung der ArbeiterInnen im
 Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de